



Der 21. August ist kein gewöhnlicher Tag im internationalen Kalender. Seit einigen Jahren begehen die Vereinten Nationen an diesem Datum den Internationalen Tag des Gedenkens und Tributs an die Opfer des Terrorismus. Er richtet den Blick auf Menschen, deren Leben durch Anschläge zerstört oder unwiderruflich verändert wurde. Hinter der nüchternen Formulierung steht ein weltweiter Aufruf: Es geht nicht nur um das Erinnern, sondern um die Verpflichtung, den Betroffenen konkrete Unterstützung und Rechte zuzusprechen.

Vom stillen Gedenken zu aktiver Verantwortung

Gedenkfeiern und Schweigeminuten sind wichtige Rituale, sie bergen jedoch die Gefahr, in symbolischen Gesten zu verharren. Für die Opfer terroristischer Gewalt bedeutet Anerkennung vor allem eines: nachhaltige Hilfe. Viele Überlebende tragen schwer an körperlichen Verletzungen, psychischen Traumata und sozialer Stigmatisierung. Ein ernst gemeintes Gedenken muss deshalb mit politischem Handeln einhergehen – mit Programmen, die medizinische, finanzielle und psychosoziale Unterstützung dauerhaft sichern.

Opfer als Gestalter einer friedlichen Gesellschaft

Der diesjährige Themenschwerpunkt „United by Hope – Collective Action for Victims of Terrorism“ verdeutlicht eine neue Perspektive: Die Betroffenen sind nicht nur Empfänger staatlicher Hilfen, sondern auch aktive Mitgestalter. Ihre Stimmen tragen eine besondere moralische Legitimation. Indem sie sich vernetzen und in die öffentliche Debatte einbringen, stärken sie die Resilienz der Gesellschaft insgesamt. Terrorismus soll sie zum Schweigen bringen – doch indem sie sprechen, leisten sie Widerstand.

Bildung und Prävention als Schlüssel

Die Auseinandersetzung mit Terrorismus darf sich nicht allein auf Sicherheitsfragen beschränken. Bildungsinitiativen sind entscheidend, um Radikalisierung vorzubeugen und gesellschaftliche Teilhabe zu fördern. Wenn junge Überlebende und Opfer in diese Prozesse



einbezogen werden, senden sie ein starkes Signal: Sie verwandeln erlittene Gewalt in einen Beitrag zum Gemeinwohl. Prävention bedeutet in diesem Sinne nicht nur Abwehr, sondern auch das Schaffen von Perspektiven, die Extremismus die Grundlage entziehen.

Dieser Gedenktag ist damit weit mehr als eine feierliche Pflichtübung. Er ist eine demokratische Aufgabe. Politische Entscheidungsträger sind gefordert, jenseits symbolischer Bekundungen konkrete Strukturen zu schaffen: für die Versorgung der Opfer, für ihre gesellschaftliche Anerkennung, für Bildungsinitiativen mit Präventionscharakter. Der 21. August erinnert uns daran, dass der Kampf gegen den Terrorismus nicht allein auf den Schlachtfeldern der Sicherheitspolitik geführt wird, sondern im Alltag derer, die unter ihm leiden – und die dennoch Hoffnung stiften.

Autor: P. Tiko